

Jugendoffiziere im Unterricht – warum nicht?

Friedenssicherung: Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und fortbildung. Sie wendet sich gegen den Einsatz der Jugendoffiziere an Schulen.

In nicht einmal zwei Jahren hat die Bundeswehr beachtliche Erfolge erzielt: In fünf Bundesländern konnte sie nahezu gleichlautende Kooperationsvereinbarungen mit den Schulministerien abschließen: NRW machte 2008 den Anfang, das Saarland und Baden-Württemberg folgten 2009. Bis Ende März gelang der Durchbruch in den SPD-geführten Ländern Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern. Wenn die Verhandlungen in Hessen und Bayern erfolgreich beendet werden können, wird das Verteidigungsministerium seinem erklärten Ziel, mit allen Bundesländern solche Kooperationsvereinbarungen abzuschließen, ein großes Stück näher gekommen sein.

Diese Offensive hat den GEW-Hauptvorstand Anfang März zu einem Beschluss* veranlasst, in dem es heißt: „Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und -fortbildung“, wie er in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werde. „Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren.“

Offiziell wird dieser Primat auch gar nicht bestritten, heißt es doch in der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium Baden-Württemberg und der Bundeswehr vom 4.12.2009: Die Vertragsparteien „wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schulen und Lehrkräfte zu unterstützen, die mit ihren Schülerinnen und Schülern sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeiten.“ Ein unverbindliches Angebot für gewisse Unterrichtsstunden, harmlos?

Der Eindruck verflüchtigt sich beim Weiterlesen: „Jugendoffiziere infor-

mieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.“

Das ist ja allerhand, was den Lehrkräften abgenommen werden soll. Es geht nicht nur um die eine Form der Konfliktbewältigung mit militärischen Mitteln, für die die Jugendoffiziere sicher als Spezialisten angesehen werden können. Nein, über alle „möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik“ zur Friedenssicherung sollen die Militärspezialisten „informieren“. In welchem Geist ein solcher Unterricht sich oft vollziehen wird, wird aus dem Schlusssatz des Werbeschreibens deutlich, das im November 2009 an die gesellschaftswissenschaftlichen Fachschaften der Freiburger Gymnasien ging: „Wir, das Team der Jugendoffiziere Freiburg, haben beide teilgenommen am Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan und können somit aus ‘erster Hand’ über friedenssichernde Maßnahmen und Konfliktbewältigung im Ausland berichten.“

Die 511 „Einsätze von Jugendoffizieren“, die das Wehrbereichskommando IV im Kalenderjahr 2009 an den Schulen Baden-Württembergs registrierte, werden wohl als nicht ausreichend angesehen. Und so vereinbarten die Vertragspartner im Rahmen ihrer intensivierten Zusammenarbeit „die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften.“

Zackig folgten den Worten so gleich Taten. Schon Anfang Februar wurde den Anwärter/innen eines baden-württembergischen Ausbildungsseminars für Grund-

und Hauptschullehrkräfte bei der Begrüßung ein Jugendoffizier vorgestellt, der in der Ausbildung für den Fächerverbund „Welt Zeit Gesellschaft“ für bestimmte Themen eingebunden werde. Die jungen gehetzten und von ihren Ausbildern existentiell abhängigen Anwärter/innen werden da schon keinen Widerstand leisten und viele von ihnen sich als Lehrkräfte im Dienst auch in der Versuchung sehen, die Angebote der Bundeswehr wahrzunehmen.

Damit ist der Rubikon überschritten, der Erziehung zu „Kritikfähig-



keit, Gewaltfreiheit und Toleranz“ von Indoktrination trennt. Indoktrination (lat. doctrina: Belehrung) ist die gezielte Manipulation von Menschen durch gesteuerte Auswahl von Informationen, um ideologische Absichten durchzusetzen oder Kritik auszuschalten (Wikipedia). Dieser Vorwurf an Kultusministerium und Bundeswehr mag manchem überzogen erscheinen. Doch seit langem ist eine stabile Bevölkerungsmehrheit von 70 Prozent gegen den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch (die anderen acht Einsatzregionen in der Welt kommen auch nicht viel besser weg). „Für eine bundeswehrfreie Schule!“ – der Slogan aus dem DGB-Aufruf zum Ostermarsch 2010 geht besonders die GEW an.

Hagen Battran